

Der Krebsgang parteiinterner Sitzungs- und Versammlungsaktivitäten

Geser, Hans

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Geser, H. (2004). *Der Krebsgang parteiinterner Sitzungs- und Versammlungsaktivitäten*. Zürich: Universität Zürich, Philosophische Fakultät, Soziologisches Institut. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-367970>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Der Krebsgang parteiinterner Sitzungs- und Versammlungsaktivitäten¹

Hans Geser

www.geser.net / h@geser.net

Soziologisches Institut der Universität Zürich

Mai 2004

Einleitung

In den meisten Gemeinden sind die Ortsparteien die einzigen organisierten Gruppen, die sich regelmässig mit (sachlichen und personellen) Fragen der Gemeindepolitik befassen.

"Regelmässig" ist allerdings ein zu euphemistisches Wort, wenn man bedenkt, wie viele dieser Sektionen sich jährlich mit zwei bis drei allgemeinen Parteiversammlungen begnügen und ein Führungsgremium (meist "Vorstand" genannt) besitzen, das sich nur durchschnittlich alle zwei Monate zu einer Sitzung zusammenfindet.

Im Vergleich zu überlokalen Parteien haben kommunale Gruppierungen den immensen Vorteil, dass Begegnungen und Versammlungen aller Art durch die räumliche Nähe aller Teilnehmer erleichtert werden, und dass auf der Basis geselligen Zusammenseins leicht generalisierte Bindekräfte entstehen, die den inneren Zusammenhalt auch in Zeiten des Misserfolgs (z. B. nach verlorenen Wahlen) sicherstellen können.

Wie in einer früheren Studie festgestellt wurde, hängt die Sitzungsaktivität eng mit dem Aktivitätsvolumen zusammen, dem die Partei entweder aus exogenen Gründen ausgesetzt ist oder das sie selber aus endogenen Motiven übernimmt (Geser et. al. 1994). So wächst sowohl die Häufigkeit von Parteiversammlungen wie von Vorstandssitzungen mit zunehmender Gemeindegrösse erheblich an, weil es gilt, eine grössere Zahl von öffentlichen Mandaten zu besetzen und zu zahlreicheren und gewichtigeren kommunalpolitischen Entscheidungsfragen Stellung zu beziehen.

Ebenso sind beispielsweise linke Oppositionsparteien meist überdurchschnittlich aktiv, weil sie

a) aufgrund ihrer abweichenden Ideologie genötigt sind, in sehr vielen Politikbereichen eigenständige Positionen zu erarbeiten

b) weil sie keine oder nur wenige öffentliche Ämter besetzen: so dass ihre organisierte kollektive Eigenaktivität die einzige Möglichkeit ist, um auf die Kommunalpolitik wesentlich Einfluss zu nehmen.

¹ Diese Arbeit ist im Rahmen des Projekts "Aktuelle Entwicklungstrends der Kommunalparteien und Kommunalpolitik" entstanden, das vom Schweiz. Nationalfonds vom Mai 2002 bis August 2004 gefördert wurde (Projekt-Nr. 1214-064857).

Evident ist, dass vor allem die Gemeinden der Schweiz dank ihrer ausgeprägten direkten Demokratie günstige Einflussmöglichkeiten für Gruppierungen bieten, die nicht via Selbstrepräsentation in Ämtern, sondern "von aussen" auf den politischen Prozess Einfluss nehmen: indem sie Initiativen oder Referenden lancieren oder via Medienarbeit und Demarchen in der Gemeindeversammlungen politische Entscheidungen in ihrem Sinne zu steuern versuchen.

Ähnlich wie Kirchen, Vereine oder Gewerkschaften Auch lokale Parteien unterliegen dem äußerst allgemeinen Trend, dass es heute immer schwieriger wird, Bürgerinnen und Bürger zu einem langfristigen Engagement in ihrer Organisation zu animieren und sie zur Teilnahme an häufigen Veranstaltungen (zur Abendzeit oder am Wochenende) zu bewegen. Die Gründe dafür liegen in den vielfältigen Entwicklungen, die für den "Zerfall des sozialen Kapitals" (vgl. z. B. Putnam 2000; Jungbauer-Gans 2002) generell massgebend sind:

- 1) Derartige Veranstaltungen müssen - vor allem in urbanen Räumen - mit einer immer breiteren Vielfalt alternativer Möglichkeiten der Freizeitgestaltung konkurrieren.
- 2) Hoch individualisierte Personen bevorzugen eine flexible Freizeitgestaltung, die nicht auf langfristigen organisatorischen Mitgliedschaften und Commitments, sondern auf ad hoc getroffenen Entscheidungen und Abmachungen beruht.
- 3) Wachsende Segmente der lokalen Bevölkerung sind wenig an der Gemeinde und ihrer Politik interessiert, weil sie - z. B. aufgrund ihres Medienkonsums - eine überlokale Orientierung pflegen und/oder weil sie erst kürzlich zugezogen sind oder bald wieder an einen andern Ort ziehen werden.
- 4) Dank der neuen Kommunikationsmedien wächst auch im lokalen Raum die Möglichkeit, wichtige Kommunikationsprozesse ohne zeitaufwendige physische Zusammenkünfte stattfinden zu lassen.

Hinzu kommt eine gewisse Tendenz, zahlreiche kommunale Entscheidungsfragen als "unpolitisch" zu betrachten, die in früheren "bewegten" Jahrzehnten noch viel Stoff für kommunalpolitisches Engagement geboten haben (vgl. Geser 2003b).

Deshalb ist die Hypothese plausibel, dass derselbe Rückzug der Bevölkerung aus der Kommunalpolitik, der in einer Abnahme der Anhängerschaften resultiert (vgl. Geser 2003a), auch in einer Verringerung des Niveaus parteiinterner Aktivitäten seinen Ausdruck findet.

Zur Studie

Im Herbst 1989 und im Herbst 2002 wurden am Soziologischen Institut der Universität Zürich zwei praktisch identische empirische Untersuchungen durchgeführt in der alle (ca. 5000) Ortsparteien in den Gemeinden der Schweiz einbezogen worden sind. Allen Präsidentinnen und Präsidentinnen dieser lokalen Gruppierungen wurde ein umfangreicher Fragebogen zugesandt, in dem sie aufgefordert wurden, über die Anhängerbasis und Organisationsstruktur, die ideologischen und sachpolitischen Positionen, die inneren Prozesse und die externen politischen Aktivitäten der Partei de-

taillierte Auskünfte zu geben. Bei beiden Surveys wurden jeweils rund 2600 Fragebogen ausgefüllt zurückgesandt (d. h. rund 50%).

Bei rund 80% dieser Gruppierungen handelt es sich um die Lokalsektionen der vier landesweit tätigen grossen Bundesratsparteien (FDP, CVP, SVP und SP); bei weiteren 8% um die örtlichen Filialen kleinerer Parteien, und bei den restlichen 12% um autonome lokale Gruppierungen ohne Einbindung in kantonale oder nationale Organisationen.

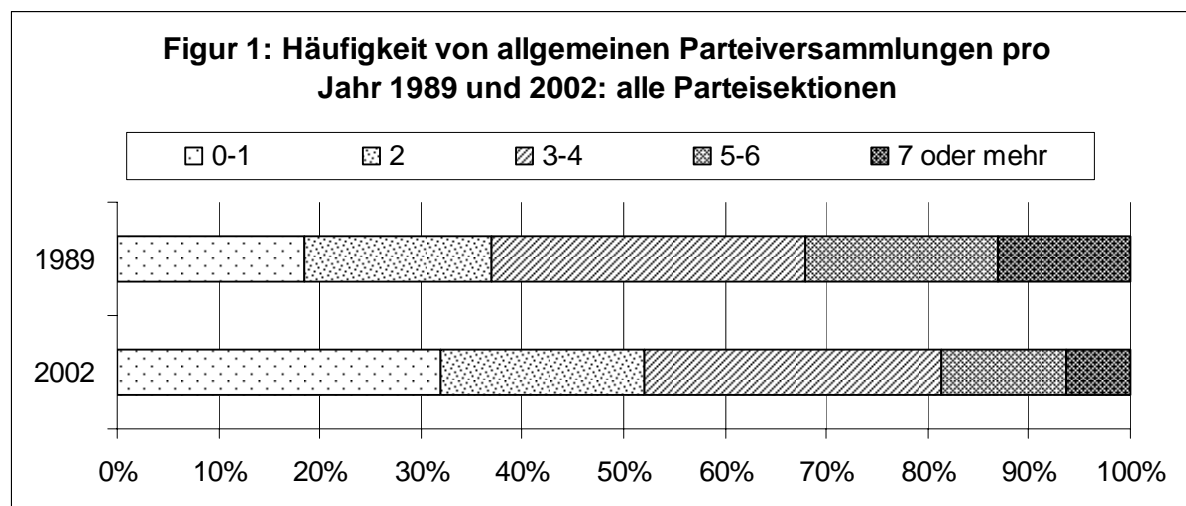
In beiden Untersuchungen wurden die Informanten gefragt, wie oft die Anhänger der Partei pro Jahr zu allgemeinen Parteiversammlungen (inkl. die Generalversammlung) zusammengerufen werden, und wie häufig der Vorstand (bzw. das äquivalente Gremium) jährlich zu einer Sitzung zusammentrifft.

Da die meisten Lokalsektionen nicht als "Vereine" im privatrechtlichen Sinne verfasst sind, sind sie juristisch auch nicht verpflichtet, regelmässig Versammlungen abzuhalten und in ihren Statuten irgendein Leitungsgremium zu konstituieren. Tatsächlich halten rund 6% der Ortsgruppierungen (die meist in den Kantonen Bern, Aargau und Tessin beheimatet sind) keine regulären Versammlungen ab, und rund 12% verzichten aufgrund ihrer geringen Mitgliederzahl darauf, irgendeine Führungsstruktur ausdifferenzieren.

Die nachfolgende empirische Untersuchung beschränkt sich auf Sektionen, in denen beide Institutionen zumindest im formellen Sinne bestehen.

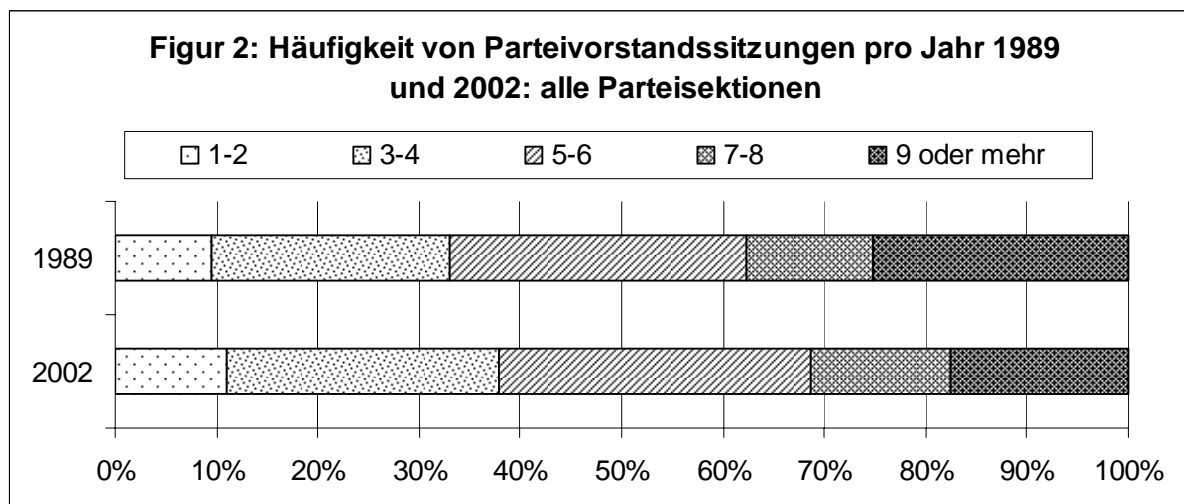
Empirische Ergebnisse

Vergleicht man die beiden Stichproben in ihrer Gesamtheit, lässt sich vor allem auf der Ebene der Parteiversammlungen eine deutliche Frequenzabnahme erkennen. Der Prozentsatz der Sektionen, die "höchstens eine" Versammlung pro Jahr abhalten, hat sich fast verdoppelt (von 18 auf über 32%), und der Anteil mit über vier jährlichen Zusammenkünften umgekehrt fast halbiert (Figur 1).



Parallel dazu hat sich - allerdings in schwächerem Ausmass - auch auf Vorstandsebene eine Abnahme des Aktivitätsniveaus vollzogen. Vor allem hat sich der Anteil "hyperaktiver" Gruppierungen vermindert, deren Führungsgremium mehr als achtmal jährlich tagt (Figur 2).

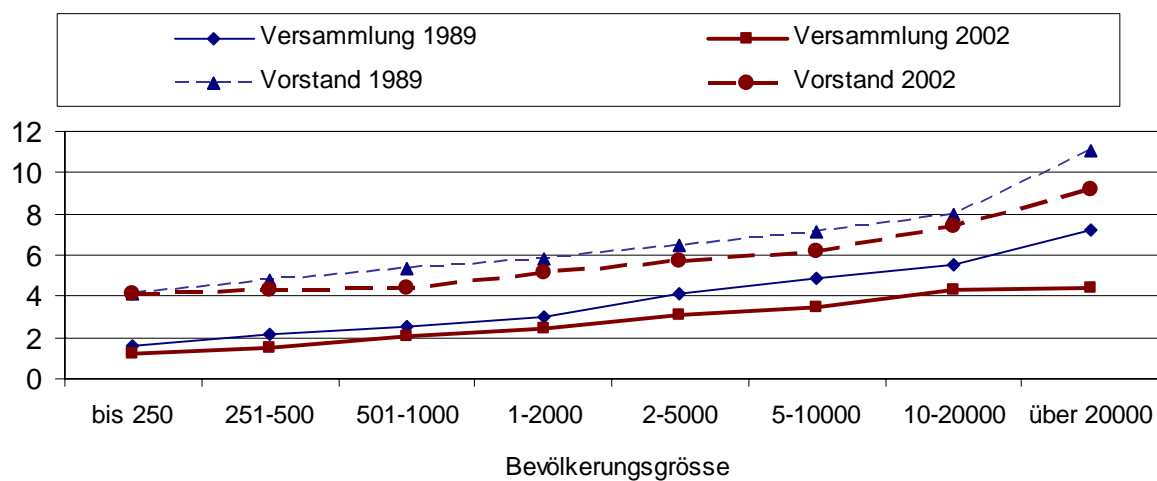
Es wäre voreilig, aus dieser Veränderung des globalen Gesamtbild allzu weitreichende Schlüsse zu ziehen, weil man die Möglichkeit berücksichtigen muss, dass es sich bloss durch Wandlungen in der Stichprobenzusammensetzung erklärt. Beispielsweise ist bekannt, dass die Schweizer Parteien im Zeitraum zwischen beiden Untersuchungen vor allem in kleinen, bisher parteilosen Gemeinden neue Sektionen gegründet haben - also Gruppierungen, die mit wenig Sitzungen auskommen und deshalb dazu beitragen, dass sich die Mittelwerte in der Gesamtstichprobe reduzieren.



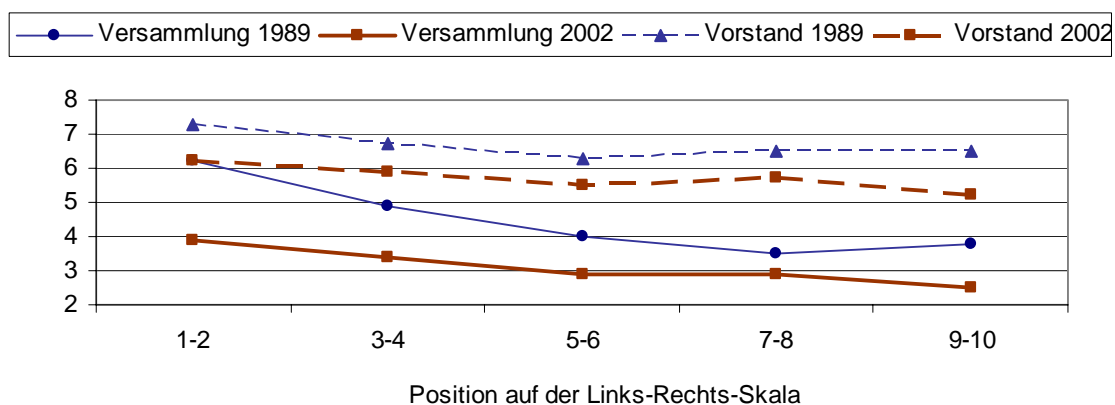
Wie aus den Kurven in Figur 3 hervorgeht, lässt sich diese Gegenhypothese aber nicht bestätigen, denn auch innerhalb fast jeder Gemeindgrössenklasse (mit Ausnahme der allerkleinsten Kommunen) hat sich die Sitzungsfrequenz beider Gremien verringert. Je grösser die Gemeinde, desto drastischer wurde vor allem die Zahl periodischer Gemeindeversammlungen reduziert: am stärksten bei den Städten mit über 20 000 Ew. deren Parteien sich heute nur noch geringfügig von ihren Schwestersektionen im ländlichen Raum unterscheiden. Dieser Befund bestätigt die Vermutung, dass moderne urbane Kontexte von der "Erosion des sozialen Kapitals" besonders stark betroffen sind: mit der Folge, dass ihre politischen Organisationen immer weniger bereit und in der Lage sind, der hohen Dynamik und Komplexität politischer Prozesse, die in derartigen Kontexten zu bewältigen sind, Rechnung zu tragen.

Sowohl in kleineren Gemeinden wie in den Städten sind es insbesondere die extrem linken Parteien, die heute erheblich seltener Versammlungen abhalten und sich in diesem Aspekt den bürgerlichen Parteien angenähert haben (Figur 4/5/6). Zumindest in den Städten ist dieser Verlust an basisdemokratischer Aktivität durch eine parallele Reduktion der Vorstandssitzungen begleitet worden; was darauf hinweist, dass urbane Linksparteien einen besonders markanten Rückgang ihres kommunalpolitischen Aktivitätsniveaus vollzogen haben.

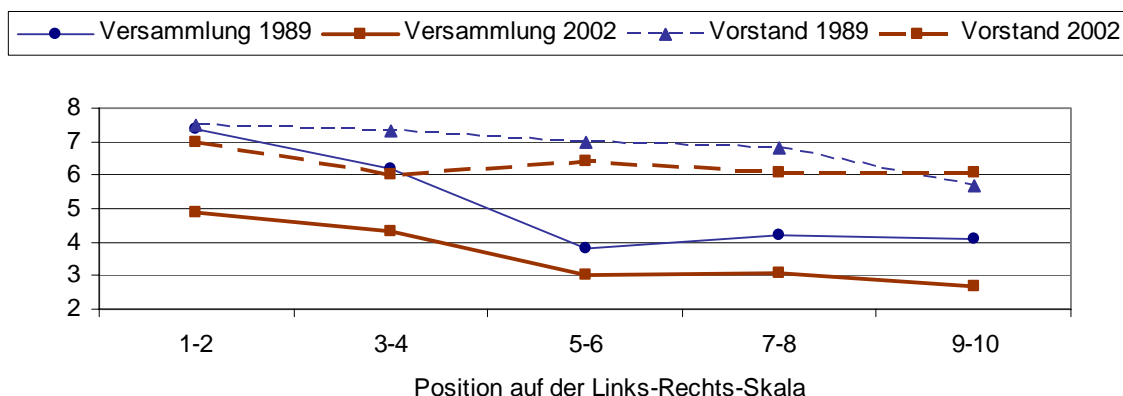
Figur 3: Häufigkeit von Parteiversammlungen und Vorstandssitzungen nach Gemeindegrösse: 1989 und 2002



Figur 4: Häufigkeit von Parteiversammlungen und Vorstandssitzungen nach Position der Lokalsektion auf der Links-Rechts-Skala: 1989 und 2002 (Gemeinden zwischen 2000 und 5000 Ew.)

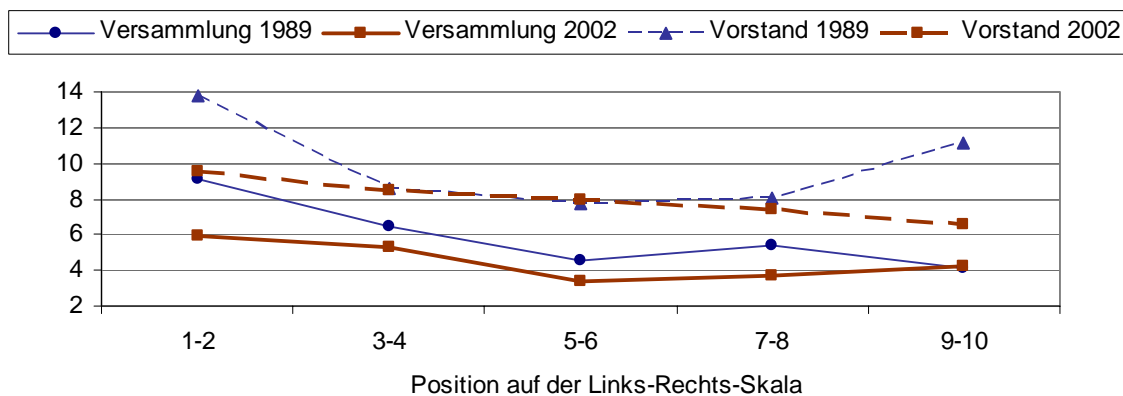


Figur 5: Häufigkeit von Parteiversammlungen und Vorstandssitzungen nach Position der Lokalsektion auf der Links-Rechts-Skala: 1989 und 2002 (Gemeinden zwischen 5000 und 10000 Ew.)



Auch bei zentrischen und moderat rechten Gruppierungen hat in Gemeinden aller Grössenklassen eine deutliche Verringerung der Versammlungstätigkeit stattgefunden, und auch die Aktivitäten des Vorstands haben sich in Gemeinden unter 10 000 Ew. reduziert. In den Städten hingegen haben die Führungsgremien dieselbe Sitzungsfrequenz beibehalten, was als Hinweis darauf gewertet werden kann, dass sich der Schwerpunkt parteiinterner Aktivität von der Basis in den engeren Kreis der Aktivist*innen und formellen Amtsträger verlagert hat.

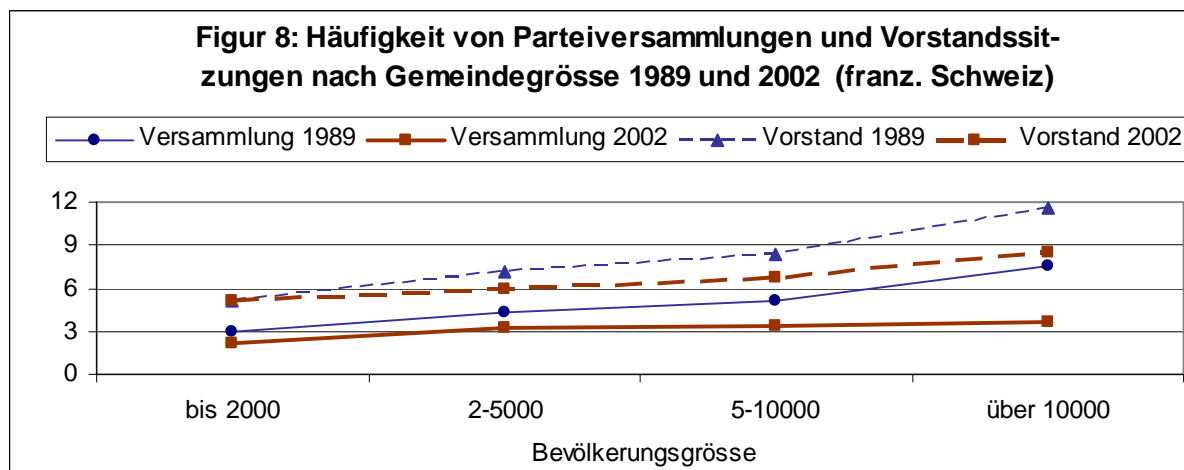
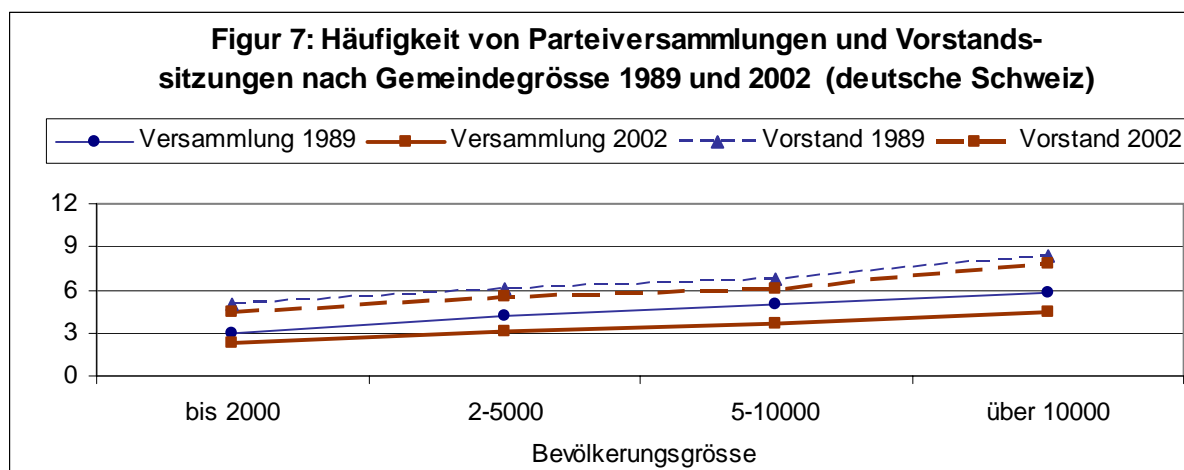
Figur 6: Häufigkeit von Parteiversammlungen und Vorstandssitzungen nach Position der Lokalsektion auf der Links-Rechts-Skala: 1989 und 2002 (Gemeinden über 10000 Ew.)

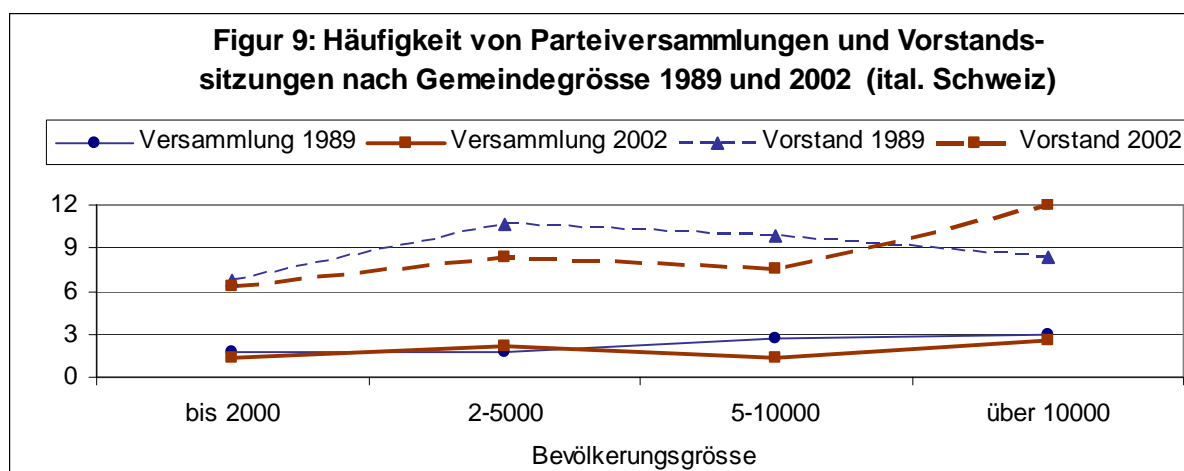


Nur in den Städten haben extrem rechtsstehende Parteisektionen ihre Versammlungshäufigkeit beibehalten und - noch erheblich deutlicher - die Frequenz ihrer Vorstandssitzungen sogar erhöht. Darin widerspiegelt sich die Virulenz der aktuellen SVP, deren städtische Sektionen meist einem starken linken (bzw. linksliberalen) Lager gegenüberstehen und sich deshalb eine besonders aktive Oppositionspolitik betreiben.

Bei einer Aufgliederung nach Landesteilen (Figur 7/8/9) zeigt sich, dass sich die Reduktion der parteiinternen Zusammenkünfte weitgehend auf die deutsch- und französischsprachigen Landesregionen beschränkt. Tessiner Parteien sind seit jeher oligarchische Gebilde mit selbst in städtischen Kontexten) höchstens zwei bis drei allgemeinen Mitgliederversammlungen pro Jahr: ein Minimum, das im Untersuchungsintervall naheliegenderweise keine weitere Verminderung erfuhr.

Die stärksten Reduktionen haben in den grösseren Gemeinden der Romandie stattgefunden, deren Parteien ende der 80er-Jahre durch eine besonders rege Versammlungs- und Vorstandsaktivität gekennzeichnet haben, sich aber seither eher den Verhältnissen in der Deutschschweiz (wo geringere Veränderungen eingetreten sind) angenähert haben.





Generell weisen die Ergebnisse darauf hin, dass - mit Ausnahme des Tessin - vor allem in grösseren Gemeinden eine "relative Oligarchisierung" in dem Sinne stattgefunden hat, dass die Institution der Parteiversammlung, in der sich die Mitgliederbasis zu Wort melden kann, eine stärkere Einschränkung als die Tätigkeit des Vorstands erfuhr.

Tabelle 2: Quotient zwischen der Zahl von Vorstandssitzungen und der Zahl von Parteiversammlungen 1989 und 2002: nach Position auf der Links-Rechts-Skala.

	Bevölkerungsgrösse											
	bis 2000			2-5000			5-10000			über 10000		
	1989	2002	Sign. (t)	1989	2000	Sign. (t)	1989	2002	Sign. (t)	1989	2002	Sign. (t)
Linke Parteien (1-4)	2.8	2.7	.694	1.8	2.6	.001	1.7	2.1	.158	1.9	2.8	.014
Mitteparteien (5-6)	3.5	3.3	.359	2.7	2.8	.638	2.7	3.0	.371	2.6	3.6	.020
Rechte Parteien (7-10)	2.7	2.8	.428	2.4	2.8	.081	2.0	2.9	.001	2.3	3.1	.024

Wie in Tabelle 3 sichtbar wird, hat sich der Quotient der Sitzungshäufigkeiten in Gemeinden über 5000 Ew. bei Parteien aller ideologischer Richtung deutlich zum Führungsgremium hin verschoben. Nur in der deutschen Schweiz trifft derselbe Trend auch in statistisch signifikanter Weise für kleinere Gemeinden zu (Tab. 3).

Die Vermutung liegt nahe, dass dieser Verschiebung der Sitzungsaktivitäten auch eine entsprechende Verlagerung der parteiinternen Einflussverhältnisse entspricht. Zur Überprüfung dieser Hypothese können die Antworten auf die im Survey von 2002 gestellten Frage herbeigezogen werden, in welche Richtung sich der Einfluss verschiedener Parteiorgane innerhalb der vergangenen zehn Jahre verändert haben. Die Ergebnisse zeigen, dass die Stellung des Vorstands (und auch seines Präsidenten) in Gemeinden aller Grössenklassen häufiger eine Stärkung als eine Abschwächung erfahren hat (Tab. 4).

Tabelle 3: Quotient zwischen der Zahl von Vorstandssitzungen und der Zahl von Parteiversammlungen 1989 und 2002: nach Bevölkerungsgrösse der Gemeinde

	Bevölkerungsgrösse der Gemeinde											
	bis 2000			2-5000			5-10000			über 10000		
	1989	2002	Sign. (t)	1989	2000	Sign. (t)	1989	2002	Sign. (t)	1989	2002	Sign. (t)
Deutsche Schweiz	2.1	2.4	.010	2.0	2.4	.000	1.9	2.4	.001	2.0	2.7	.000
Französische Schweiz	2.8	3.2	.151	2.7	3.2	.163	2.7	3.4	.069	3.4	5.0	.026
Italienische Schweiz	5.6	5.5	.974	7.2	6.9	.821	6.0	6.1	.751	2.9	5.9	.242

Tabelle 4: Veränderungen im Einfluss verschiedener Parteiorgane in der Zeit zwischen 1992 und 2002: nach Bevölkerungsgrösse der Gemeinde (Prozentanteile der Lokalsektionen)

	Bevölkerungsgrösse der Gemeinde							
	bis 2000		2-5000		5-10000		über 10000	
	Zu- nahme	Ab- nahme	Zu- nahme	Ab- nahme	Zu- nahme	Ab- nahme	Zu- nahme	Ab- nahme
Partei- versammlung	11.2	22.6	13.6	14.3	15.1	14.8	9.9	16.5
Partei- vorstand	21.3	12.9	32.4	6.8	30.5	7.4	33.1	6.9
Partei- präsident	19.4	14.1	28.9	7.9	26.6	6.9	28.1	6.8

Weitaus am deutlichsten tritt diese Tendenz allerdings in den städtischen Gemeinden hervor, in denen zudem die Parteiversammlung am häufigsten an Gewicht verlor. Wenn man berücksichtigt, dass in diesen selben Gemeinden auch die markanteste Zentralisierung der Sitzungstätigkeit stattgefunden hat, ist die Annahme plausibel, dass zwischen beiden Entwicklungen eine kausale Beziehung besteht.

Schlussfolgerungen

Das mit seiner weltweit einmaligen Dichte überaus beeindruckende System der Schweizer Lokalparteien ist seit Ende der 80er-Jahre in einem schleichenden Niedergang begriffen, der bisher zwar nicht im Absterben formaler Sektionen, sehr wohl aber in einem markanten Schwund der Mitglieder (vgl. Geser 2003a) sowie - wie hier vorgeführt - einer Ausdünnung innerer Interaktionsprozesse Ausdruck findet. Im Einklang mit den neueren Theorien des abnehmenden "sozialen Kapitals" (Putnam) zeigt sich, dass vor allem die politischen Gruppierungen städtischer Gemeinden eine Reduktion ihrer Mitgliederversammlungen und Vorstandszusammenkünfte vorgenommen haben. Unter kommunalpolitischem Gesichtspunkt bedeutet dies, dass die

Parteien ausgerechnet in den Städten, in denen - im Vergleich zu Kleingemeinden - zahlreichere und relevantere politische Entscheidungen anstehen, ihre Funktion als Organe personalpolitischer Rekrutierung und sachpolitischer Willensbildung wohl nicht mehr in zureichendem Masse wahrnehmen können. Und in parteisoziologischer Perspektive mag daraus folgen, dass lokale Sektionen ihrer Kantonal- oder Bundespartei weniger Unterstützung anbieten können, andererseits aber auch weniger fähig sind, durch eigene interne Meinungsbildung und Aufwärtskommunikation auf den Kurs der überlokalen Partei Einfluss zu nehmen. Dies mag vielleicht erklären, warum sich Lokalsektionen heute stärker als noch vor 14 Jahren am Programm ihrer überlokalen Parteiorganisation orientieren (Geser 2003c).

Nicht nur zwischen Stadt und Land, sondern auch zwischen links und rechts haben sich die Differenzen reduziert: indem die extrem linken Gruppierungen ihre früher ungewöhnlich rege Versammlungstätigkeit reduziert und sich dem "Courant Normal" etablierter bürgerlicher Parteisektionen angenähert haben. Darin widerspiegelt sich das Abebben einer aus den Jahren virulenter Sozialbewegungen stammenden Dynamik, wie sie auch in der markanten Überalterung der Mitgliederschaft (vgl. Geser 2003a) ihren Ausdruck findet.

Drittens kann auch von einer gewissen Konvergenz zwischen den drei Landesteilen gesprochen werden, indem sich die Sektionen der deutschen und französischen Schweiz sowohl aneinander wie auch zumindest was die geringere Zahl von Parteiversammlungen betrifft - an die notorische Inaktivität der Tessiner Ortsparteien angenähert haben.

Schließlich fällt auf, dass - wiederum vor allem in größeren Gemeinden - die Basisversammlungen einen relativ stärkeren Schwund als die Vorstandssitzungen erfuhren: mit der logischen Folge, dass sich nicht nur das kommunikative Geschehen, sondern auch die faktischen Einflusschancen zunehmend von der allgemeinen Mitgliederschaft auf die Führungsorgane (Vorstand und Präsident) verlagert haben.

Literatur:

Geser, Hans / Ladner, Andreas / Schaller, Roland / Than-Huyen Ballmer-Cao 1994 Die Schweizer Lokalparteien, SEISMO Verlag, Zürich 1994)

Geser, Hans 2003a Die erodierende Mitgliederbasis der Zürcher Parteien. Online-Publikation, Zürich, März 2003 http://socio.ch/par/ges_02.html

Geser, Hans 2003b Sind Gemeindeangelegenheiten politisch? Online-Publikation, Zürich, April 2003 http://socio.ch/par/ges_04.html

Geser, Hans 2003c Wachsende überlokale Einbindung der Ortssektionen. Online Publikation, Zürich, mai 2003 http://socio.ch/par/ges_05.html

Jungbauer-Gans, Monika 2002 Schwindet das soziale Kapital? In: *Soziale Welt* 53: 189-208

Putnam, Robert D. Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community New York: Simon & Schuster, 2000).